

Simon Schaub und Jale Tosun

# Moralisieren als narrative Strategie im politischen Diskurs: Einblicke aus der klimapolitischen Debatte in Deutschland

**Zusammenfassung:** Sprache spielt in der Politik eine bedeutende Rolle. In verschiedenen Phasen des Politikprozesses hat sie Einfluss darauf, welche Themen bei einer Vielzahl an Problemen auf die politische Agenda gelangen, welche Lösungsvorschläge sich bei politischen Entscheidungen durchsetzen können, und ob getroffene Maßnahmen als legitim wahrgenommen werden und die beabsichtigten Verhaltensänderungen erzielen. Da Sprache einen Einfluss auf den Politikprozess ausübt, ist ihre Gestaltung von den in den Prozess involvierten Akteuren in der Regel politisch motiviert. Welcher Inhalt, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Art und Weise geäußert wird, kann sich entscheidend auswirken. In diesem Beitrag widmen wir uns der sprachlichen Praktik des Moralisierens und gehen der Frage nach, inwiefern sie als eine narrative Strategie im Politikprozess betrachtet werden kann. Dabei stellt das Narrative Policy Framework (NPF) einen positivistischen Analyserahmen bereit, der es ermöglicht, Praktiken des Moralisiere ns als narrative Strategien zur Moralisierung von Politik zu erfassen und ihre Verwendung in politischen Diskursen anhand sprachwissenschaftlicher Methoden zu untersuchen. Konkret argumentiert dieser Beitrag, dass das unmittelbare Verknüpfen von politischen Handlungsgeboten oder der Ablehnung von Handlungen mit moralischen Werten eine narrative Strategie darstellt, um eine Moralisierung von Politikbereichen vorzunehmen und so den Politikprozess zu beeinflussen. Anhand des theoretischen Rahmens werden Erwartungen zur Verwendung moralisierender Narrative im politischen Diskurs abgeleitet, die anhand der Untersuchung von Pressemeldungen der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zur Klimapolitik empirisch illustriert werden. Diese zeigen den Wert dieser Konzeptualisierung, die es ermöglicht, moralisierende narrative Strategien besser zu identifizieren und ihren Einfluss auf den politischen Prozess zu untersuchen.

---

**Danksagung:** Zum Erfolg dieses Beitrags hat der interdisziplinäre Austausch innerhalb des Young Marsilius Fellowship Programms des Marsilius-Kollegs der Universität Heidelberg wesentlich beigetragen. Herzlich bedanken möchten wir uns in diesem Rahmen insbesondere bei Maria Becker für den spannenden Einblick in ihre sprachwissenschaftliche Forschung und bei Tobias Just für die Organisation und Begleitung des Fellow-Programms.

**Abstract:** Language plays a decisive role in politics. At various stages of the policy process, language influences what topics are placed on the political agenda, which political solutions prevail, and whether adopted policy measures are perceived as legitimate and lead to intended behavioral changes. Given that language has an impact on the policy process, its use is politically determined. The content expressed at any given point in time and in a given way can be decisive. This essay addresses moralization as a linguistic phenomenon and investigates to what extent language is used as a narrative strategy in policy discourse. The Narrative Policy Framework (NPF), a new theory of policy analysis, provides a positivist analytical framework that allows conceiving of moralization as a narrative strategy and assists in understanding moralizing narratives in the policy discourse with the help of linguistic methods. More specifically, the essay argues that practices through which demanded or refused policy action is directly linked to moral values represent narrative strategies to moralize policy issues with the aim of influencing the policy process. The NPF provides a tool to derive expectations on the use of moralizing narratives in the policy discourse, illustrated empirically by press releases on climate policy published by political parties that are represented in the German Federal Parliament. The empirical data show that the conceptualization is useful for identifying moralizing narrative strategies in the policy discourse, which provides a basis for eventually investigating their influence on the policy process.

## 1 Einleitung

Politik ist allgegenwärtig: sie bestimmt jeden Aspekt des menschlichen Alltags, selbst jene, die sich auf den Privatbereich beziehen. Daher sollten Fragen der Politikgestaltung nicht der Politikwissenschaft vorbehalten sein, sondern auch Gegenstand eines strukturierten disziplinenübergreifenden Austausches bilden. Eine solche Perspektive kann der Politikwissenschaft helfen, politisch relevante Prozesse außerhalb der politischen Sphäre besser zu erkennen und analytisch zu erfassen. Im Gegenzug können andere Disziplinen durch eine stärkere Sensibilität für Politik bzw. politische Prozesse gesellschaftliche Dynamiken und individuelles Verhalten besser erklären.

Sprache spielt in der Politik und damit in der Politikwissenschaft eine bedeutende Rolle. Wenn wir den Politikprozess mittels des Phasenmodells nach Lasswell (1956) strukturieren, dann erscheint Sprache für jede dieser Phasen bedeutsam. Sprache ist relevant für die Frage, ob bestimmte Themen auf die Agenda kommen sowie wie sie konkret dargestellt werden, was wiederum Einfluss darauf hat, wie

sich der nachfolgende politische Prozess darstellt. Hierbei gilt es zunächst zwischen der Diskussions- und Entscheidungsagenda zu unterscheiden. Die Diskussionsagenda ist durchlässiger und bezieht sich auf alle jene Themen, über die die Öffentlichkeit bzw. Teile davon sprechen. Die Entscheidungsagenda ist exklusiver, da auf dieser lediglich Themen Platz finden können, die Politikerinnen und Politiker aufgreifen, um zu erörtern, ob sie anhand des Erlasses von Gesetzen oder Verordnungen adressiert werden sollten. Auch wenn die Diskussionsagenda inklusiver ist, muss auch hier aus einem Universum von Problemen eine Auswahl getroffen werden, da nicht alle Themen angesichts Kapazitätsgrenzen angesprochen werden können (Knill/Tosun 2015). Um die Chancen zu maximieren, dass ein Thema es auf die Diskussions- und/oder Entscheidungsagenda schafft, spielt die sprachliche Darstellung desselben eine entscheidende Rolle.

Sprache ist überdies wichtig in der nachfolgenden Phase der Politikformulierung, die unter anderem beinhaltet, dass über Gesetzgebungsvorschläge im Parlament debattiert wird. Die einschlägige Literatur hat gezeigt, dass es Unterschiede zwischen Abgeordneten gibt, wie sich diese in Parlamentsdebatten äußern. So zeigen etwa Haselmayer et al. (2022) für den österreichischen Nationalrat, dass weibliche Abgeordnete im Vergleich zu den männlichen eine positivere Sprache in den Debatten gebrauchen sowie dass ein höherer Anteil von weiblichen Abgeordneten dazu beitragen kann, negative Äußerungen zu reduzieren.

Wenn ein Gesetz vom Parlament verabschiedet wurde, gilt es dieses umzusetzen und hierbei spielt Sprache eine wichtige Rolle. Politikumsetzung zielt im Kern darauf ab, das Verhalten der Adressatinnen und Adressaten zu verändern. Sie kann unabhängig vom konkret gewählten Politikinstrument mittels einer positiven oder negativen Sprache erfolgen. Zudem können Aussagen von an der Umsetzung beteiligten Akteuren entscheidend dazu beitragen, ob sich die Zielgruppe an die Vorgaben einer politischen Maßnahme hält oder nicht. Während der Coronavirus-Pandemie haben beispielsweise die Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und Brasilien, Donald Trump und Jair Bolsonaro, die Krise kleingeredet und Zweifel an der Notwendigkeit und Wirksamkeit der – teilweise auf der subnationalen Ebene – verabschiedeten Maßnahmen geschürt, was sich nachhaltig auf die Umsetzung derselben ausgewirkt hat (Béland et al. 2021). Im Gegenzug gelang die Umsetzung der strengen Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus in Neuseeland sehr gut, was auch an der Art und Weise lag, wie die Regierungschefin, Jacinda Ardern, diese kommuniziert und begründet hat (Kaine et al. 2022).

Die letzte Phase des politischen Prozesses stellt die Bewertung der verabschiedeten politischen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit dar. Auch in dieser Phase spielt Sprache eine wichtige Rolle, jedoch weniger bei der wissenschaftlichen Evaluation von Politik als bei dessen „politischer“ Beurteilung (Bovens/t Hart 2016). Hierbei „bewerten“ verschiedene Akteure auf strategische Weise die Wirkung von

politischen Maßnahmen und deren Performanz. In der Regel bewerten diejenigen, die die Maßnahmen auf den Weg gebracht haben, diese positiv, wohingegen die sogenannten Oppositionsparteien dazu tendieren, den Erfolg einer Maßnahme kleinzureden bzw. von einem Misserfolg zu sprechen.

Die vermutlich nächstliegende politikwissenschaftliche Forschungsperspektive, die Sprache miteinschließt bzw. sogar den Fokus darauf legt, ist die interpretative Politikforschung, die auch diskursanalytische und diskurstheoretische Ansätze umfasst, aber in der Politikwissenschaft ein Nischendasein führt (Nullmeier 2019). Gerade die Diskursanalyse fungiert als ein Bindeglied zwischen der Politikwissenschaft und anderen Sozialwissenschaften. Es handelt sich hier um eine Forschungsperspektive, die Diskurse als „übersituative und überindividuelle Praktiken der Wissens- bzw. Sinnproduktion“ untersucht (Traue et al. 2022, 628). Es gibt viele Formen der Diskursanalyse und je nach Ausrichtung sind Konzepte und Methoden der Linguistik prominent darin vertreten.

Dieses Kapitel argumentiert, dass mit dem Aufkommen und der Verbreitung des *Narrative Policy Framework* (NPF) der Politikwissenschaft ein analytisches Angebot gemacht wird, stärker auf Sprache und Diskurse einzugehen und dadurch weiterführende Erkenntnisse zu erlangen. Das NPF hebt primär auf die Bedeutung von Erzählungen (Narrative) ab und geht der Frage nach, inwiefern politische Akteure ihre Narrative so konstruieren, dass sie Politikentscheidungen möglichst zu ihren eigenen Gunsten beeinflussen.

Die Rolle moralischer Werte und Moralisierung in Policy-Narrativen wurde innerhalb dieser jungen aber rasch wachsenden Literatur bisher noch nicht explizit betrachtet. Vor diesem Hintergrund soll in diesem Kapitel erörtert werden, in welcher Weise Policy-Narrative Praktiken der Moralisierung aufweisen und, insbesondere, inwiefern sie als eine narrative Strategie im politischen Diskurs verwendet werden. Auf diese Weise soll beleuchtet werden, welche spezifisch policy-analytischen Zugänge zu moralischen Werten und Moralisierung jenseits der Literatur zu Moralpolitik bestehen, also jenen Politiken, die durch tiefgreifende Wertkonflikte charakterisiert sind, wie etwa Fragen der Sterbehilfe, Organspende oder Sexualität (Knill et al. 2014).

Die konzeptionellen Überlegungen werden exemplarisch mit Beispielen zu klimapolitischen Narrativen der einzelnen Fraktionen des Deutschen Bundestages untermalt. Die Klimapolitik eignet sich für den Zweck dieser Untersuchung besonders gut, da sie von Unsicherheit bezüglich der Frage gekennzeichnet ist, wann und wie stark sich die Auswirkungen des Klimawandels manifestieren werden. In solchen Situationen der Unsicherheit sollte Moralisierung eher beobachtbar sein als in regulären Entscheidungssituationen (Grempe 2015; Bauman 1999).

Hierzu werden Pressemeldungen verwendet, die zwischen Mai 2021 und 2022 veröffentlicht wurden. Es ist in methodischer Hinsicht vorteilhaft, sich auf einen

bestimmten Typus von Dokumenten zu beschränken, um die Vergleichbarkeit der Narrative sicherzustellen. Pressemeldungen bieten sich an, weil sie (bei Regierungsparteien) politische Maßnahmen ankündigen und (bei Oppositionsparteien) auf politische Maßnahmen oder dem Unterlassen von politischem Handeln reagieren. Die Pressemeldungen sind markant formuliert, um Anknüpfungspunkte für die Berichterstattung in den Massenmedien zu bieten, was ebenfalls wünschenswert für die Analyse ist. Der gewählte Dokumententyp sollte sicherstellen, dass alle analytisch relevanten Elemente beobachtet und eingeordnet werden können.

Das Kapitel ist wie folgt gegliedert: zunächst werden die Grundzüge des NPF vorgestellt und erläutert, wie dieser Analyserahmen Policy-Narrative und narrative Strategien konzeptualisiert. Im Anschluss daran werden theoretische Überlegungen zur Rolle von Moral und Moralisation in Policy-Narrativen angestellt. In einem nächsten Schritt werden die klimapolitischen Narrative der Bundestagsfraktionen vorgestellt und diskutiert. Das Kapitel schließt mit einem Fazit.

## 2 Die Grundzüge des Narrative Policy Framework

### 2.1 Beschreibung der Analyseperspektive

Das NPF ist ein relativ junger, policy-analytischer Ansatz, der ursprünglich in der US-amerikanischen Politikwissenschaft entwickelt wurde, um die wesentlichen Elemente von Narrativen empirisch zu erfassen und erklären. Das NPF ist in seiner Vorgehensweise deduktiv, wodurch sich dieser Ansatz von der klassischen Diskursforschung unterscheidet, die induktiv ausgerichtet ist (Hildbrand et al. 2020). Hierbei ist entscheidend, dass das NPF davon ausgeht, dass politische Akteure (Politikerinnen und Politiker im engeren Sinne, aber auch Mitglieder der Öffentlichen Verwaltung oder Interessengruppen und intermediäre Organisationen) gezielt Policy-Narrative entwickeln, um bestimmte Politikergebnisse zu erreichen oder zu verhindern. Insbesondere die Art und Weise, wie Akteure Probleme und politische Lösungen narrativ konstruieren und wie sich diese Konstruktionen auf das Ergebnis des politischen Prozesses auswirken, stehen im Mittelpunkt (Jones/McBeth 2010; Shanahan et al. 2011).

Das Ziel des NPF ist weniger, einzelne Fälle zu identifizieren und zu erklären, sondern Policy-Narrative so systematisch wie möglich zu erfassen, um dann über den Einzelfall hinaus kontextunabhängig generalisieren zu können (Jones/McBeth 2010). Hieraus resultiert, dass diese analytische Perspektive besonders stark davon profitiert, wenn sie zur Untersuchung verschiedener empirischer Phänomene in möglichst verschiedenen Kontexten angewandt wird. Auf diese Weise können

die Kontextfaktoren identifiziert werden, die das Aufzeigen von generalisierbaren Mustern erlauben (Schlauffer et al. 2022; Vogeler et al. 2021).

Das NPF basiert auf fünf Annahmen (Shanahan et al. 2018b), die verdeutlichen, dass dieser als Brücke zwischen streng positivistischen und konstruktivistischen Ansätzen angesehen werden kann. Die erste Annahme lautet, dass die politische Realität sozial konstruiert ist. Sie wird ergänzt durch die zweite Annahme, dass diese sozialen Konstruktionen zwar variabel, jedoch nicht zufällig sind, sondern stattdessen von Werten, Normen und Glaubenssystemen abhängen. Die dritte Annahme bezieht sich auf den bereits artikulierten Punkt, dass Narrative als generalisierbare Strukturen verstanden werden. Viertens werden Individuen so aufgefasst, dass Narrative in ihrer Kommunikation und Wahrnehmung eine wichtige Rolle einnehmen (Hildbrand et al. 2020). Daher sprechen die führenden Forscherinnen und Forscher von einem *homo narrans* (vgl. etwa McBeth et al. 2014).

Die fünfte Annahme lautet, dass sich Narrative auf Individuen, Gruppen und Systeme auswirken und zwischen diesen drei Ebenen Interaktionen bestehen. Hieraus folgt, dass es drei verschiedene Analyseebenen gibt: auf der Mikro-Ebene, auf der beispielsweise untersucht wird, wie sich verschiedene Policy-Narrative auf die politische Unterstützung von Individuen auswirken (Mu et al. 2022; Shanahan et al. 2014). Zweitens auf der Meso-Ebene, auf der insbesondere von Interesse ist, inwiefern sich Gruppen je nach vorherrschenden Machtkonstellationen und politischen Interessen in ihren Narrativen unterscheiden (Stephan 2020; Shanahan et al. 2013; Schaub 2021; Tosun/Schaub 2021). Zuletzt können Policy-Narrative auch auf einer institutionellen oder kulturellen Makro-Ebene untersucht werden. Dabei steht im Vordergrund, inwiefern Policy-Narrative Ausdruck geteilter gesellschaftlicher oder kultureller Werte sind (Shanahan et al. 2018a).

Policy-Narrative bestehen im NPF aus der Form und den Inhalten von Narrativen (McBeth et al. 2014). Letztere umfassen Glaubenssysteme (Werte und Überzeugungen) und das Referieren auf Kosten und Nutzen, was als narrative Strategie zur Beeinflussung von politischen Prozessen verwendet werden kann – auf diese soll nachfolgend genauer eingegangen werden.

Die Form von Narrativen besteht aus vier verschiedenen Elementen. Zunächst hat ein Narrativ immer einen Bezug zu einem bestimmten vorherrschenden Setting oder Handlungskontext, bei dem sich die meisten Akteure einig sind, dass er beim Umgang mit einem Politikproblem berücksichtigt werden muss. Dazu gehören beispielsweise rechtliche Vorgaben, geographische und wirtschaftliche Gegebenheiten oder geteilte Normen. Während diese Faktoren kontextspezifisch sind, ist es doch allen Narrativen gemein, dass ein bestimmter Handlungskontext implizit oder explizit Teil des Narrativs ist. Als zweites sind Policy-Narrative in ihrer Form dadurch charakterisiert, dass sie verschiedene narrative Charaktere beinhalten, die sich in

vier Typen aufteilen lassen. Zum einen werden Akteure in Narrativen als „Schurken“ dargestellt, die für das identifizierte Problem verantwortlich gemacht werden. Dann gibt es „Opferfiguren“, die unter dem Problem bzw. dem Handeln der „Schurken“ leiden, und „Begünstigte“, die von einer bestimmten Handlung profitieren würden. Zudem enthalten Narrative eine „Heldenfigur“, die zur Problemlösung beiträgt. Drittens beinhalten Policy-Narrative eine Moral der Geschichte, die eine bestimmte politische Lösung nahelegt. Zuletzt weisen Policy-Narrative einen Handlungsstrang auf, der eine Verbindung zwischen den Charakteren herstellt und sie innerhalb des Handlungskontextes platziert (McBeth et al. 2014).

Inhaltlich umfassen Policy-Narrative Glaubenssysteme (Werte, Überzeugungen und konkrete politische Standpunkte) sowie das Referieren auf die Kosten und den Nutzen von Problemen oder Lösungen (Jones et al. 2014a; Schlauffer 2018; Jones 2018). Neben diesen beiden können Policy-Narrative weitere Bestandteile enthalten, wie beispielsweise Politiksymbole oder (wissenschaftliche) Evidenz. Sämtliche Form-Elemente und inhaltlichen Bestandteile können kontextübergreifend empirisch bestimmt und untersucht werden. Insbesondere ermöglicht dies zu untersuchen, unter welchen Bedingungen Narrative in ihren Bestandteilen variieren und wie die Variation in Narrativen mit Machtkonstellationen, politischen Interessen und Politikergebnissen zusammenhängt. Vermutlich erklärt gerade die Sensibilität für die Bedeutsamkeit des Kontextes für politische Prozesse, weshalb sich das NPF zunehmender Aufmerksamkeit erfreut. Ein weiterer Grund hierfür ist darin zu vermuten, dass über die Narrative der Fokus auf den Inhalt politischer Prozesse gelegt wird und nicht so sehr auf Institutionen, was diese Perspektive besonders anschlussfähig an Forschung in anderen Disziplinen, wie der Sprach- und Kommunikations- sowie Verhaltenswissenschaften, macht.

### 3 Narrative Strategien

Der Großteil bisheriger Studien zum NPF ist auf der Meso-Ebene angesiedelt. Von besonderem Interesse ist hierbei die Frage, inwiefern politische Akteure bzw. Akteursgruppen narrative Strategien verwenden, die darauf abzielen, das politische Aufmerksamkeitsniveau für ein bestimmtes Thema zu beeinflussen. Je nach bestehenden Machtverhältnissen kann es für Akteursgruppen entweder von Interesse sein, politische Aufmerksamkeit zu erhöhen oder diese zu reduzieren (Schaub 2021; Stephan 2020). Diese Auffassung wurde das erste Mal von Schattschneider (1957) vertreten, nach dessen Verständnis es bei Politik einen „Konflikt über den Konflikt“ gibt. Diese Ansicht wurde insbesondere von Vertreterinnen und Vertretern der Forschung zu Agendagestaltung aufgegriffen und stellt ihren Dreh- und Angelpunkt

dar. Im Kern besagt das Argument von Schattschneider, dass eine Erhöhung des politischen Aufmerksamkeitsniveaus damit einhergeht, dass ein breiterer Akteurskreis adressiert wird, was eben zur Folge haben kann, dass auch das Konfliktniveau steigt, was in manchen Situationen notwendig sein kann, um einen Politikwandel herbeizuführen. Ein geringeres Aufmerksamkeitsniveau geht hingegen mit einem engeren Akteurskreis einher und damit einem niedrigeren Konfliktniveau. Je nach Ausgangslage und dem konkreten Gegenstand kann auch eine solche Vorgehensweise förderlich für die Herbeiführung eines Politikwandels sein.

Das NPF geht davon aus, generell zwei verschiedene Handlungsstränge vorzufinden: der erste ist ein „Plot of Decline“, in dem ein negatives Szenario aufgezeigt wird, das heißt, eine Situation der Verschlechterung der Bedingungen in der Gesellschaft. Das NPF nimmt an, dass dieser Handlungsstrang insbesondere dann zu beobachten ist, wenn Akteure Aufmerksamkeit auf ein Thema richten und zusätzliche politische Unterstützung gewinnen möchten. Der zweite Handlungsstrang ist ein „Plot of Control“, der ein positives Szenario skizziert, in dem sich eine politische Situation zum Guten wendet oder zumindest unter Kontrolle ist. Dieser Handlungsstrang zielt dem NPF zufolge darauf ab, einen Konflikt einzugrenzen, keine weitere Aufmerksamkeit darauf zu lenken und so zu vermeiden, dass der politische Gegner zusätzliche politische Unterstützung gewinnt und bestehende Machtverhältnisse sich umkehren könnten (Stone 2002; Shanahan et al. 2011). Damit entsprechen die zwei „Plot“-Typen den beiden Strategien, die auch Schattschneider für das Management von Konflikten ausgemacht hat: eine Expansions- und eine Eindämmungsstrategie.

Empirische Befunde untermauern weitestgehend diese theoretischen Überlegungen. Tendenziell unterscheiden sich Akteure in ihren Narrativen je nach bestehenden Machtverhältnissen und ihrem Interesse bezüglich eines Wandels oder Konstanz politischer Steuerung (Jones et al. 2014b; Stephan 2020; Schaub 2021). Dabei lässt sich zeigen, dass diese Akteure unterschiedliche narrative Strategien verwenden. Das bedeutet, dass sie in bewusster Weise ihre Narrative strukturieren, mit dem Ziel, eine politische Debatte zu beeinflussen und zu kontrollieren (Jones et al. 2014a; Knackmuhs et al. 2020).

Zunächst stellen Akteure Kosten und Nutzen politischen Handelns bzw. nicht erfolgten Handelns auf eine strategische Art und Weise dar. Hier zeigt sich, dass sich diese Darstellung abhängig von bestehenden Machtverhältnissen unterscheidet (McBeth et al. 2007; Shanahan et al. 2011; Tosun/Schaub 2021; Schaub 2021). Akteure, die ein Interesse daran haben, für ein politisches Thema zu mobilisieren, tendieren dazu, in ihren Narrativen die Kosten des Handelns oder, in ihren Augen, versäumten Handelns politischer Gegner zu diffundieren. Das bedeutet, sie stellen die Auswirkungen möglichst drastisch dar und betonen eine große Tragweite für möglichst viele Menschen. Auf diese Weise soll erwirkt werden,

dass die breite Öffentlichkeit sich angesprochen fühlt. Ein fiktives Beispiel für ein solches Narrativ ist folgende Aussage: „Die Auswirkungen des Klimawandels betreffen uns alle, nicht nur die Inselbewohner des Pazifiks“. Auf diese Weise wird verdeutlicht, wie weitreichend das politische Handeln bzw. Nicht-Handeln ist und dass deswegen die Machtverhältnisse zu den eigenen Gunsten verändert werden sollten.

Das folgende empirische Beispiel zeigt auf, wie die Alternative für Deutschland (AfD) mögliche Kosten von Kohlenstoffdioxid-Reduktionszielen in der narrativen Darstellung diffundiert und so versucht, insbesondere mit dem Verweis auf den Verlust von Arbeitsplätzen und Industriezweigen, die breite Öffentlichkeit gegen die Ziele zu mobilisieren: „Die CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele für Autos sollen demnach bis 2030 auf 60 Prozent erhöht werden – bisher lag das Reduktionsziel bei 37,5 Prozent. Bis 2035 soll das CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel 100 Prozent betragen – das bedeutet die Abschaffung des klassischen Verbrennungsmotors [...]. Die Verwirklichung dieser Pläne wäre ein Anschlag auf die Automobilindustrie. Hunderttausende Arbeitsplätze wären in Gefahr, ganze Industriezweige brächen weg“ (Sylvia Limmer, AfD, Pressemitteilung vom 17. Juni 2021). Analog zu dem vorherigen Beispiel wird hier versucht, den Akteurskreis, der am politischen Prozess teilnimmt, zu vergrößern. Die Aussage ist unter anderem eine Einladung an die Automobilindustrie und alle diejenigen, die in diesem Sektor beschäftigt sind, sich gegen die politischen Maßnahmen zu stellen.

Komplementär tendieren politisch weniger wirkmächtige Akteure mit einem Interesse an Mobilisierung dazu, den Nutzen einer Handlung politischer Gegner zu konzentrieren. Dabei gestalten sie das Narrativ so, dass eine Handlung nur einer kleinen Minderheit, beispielweise einer kleinen gesellschaftlichen Elite, von Nutzen ist. Damit stellen sie insbesondere die gesellschaftliche Legitimität des politischen Handelns ihrer politischen Gegner infrage und machen es so zu einem Thema, das die breite Öffentlichkeit betrifft und diese daher aufgefordert ist, sich dazu zu verhalten (Stone 2002; McBeth et al. 2007; Shanahan et al. 2011).

Im folgenden Beispiel unternimmt „Die Linke“ bei der Entwicklung des Narrativs den Versuch, den Nutzen einer politischen Maßnahme zu konzentrieren, indem sie gezielt auf die Ölindustrie verweist, die von Steuersenkungen auf Kraftstoffe profitieren würde, um gegen die Steuer zu mobilisieren: „Ölkonzerne verdienen am Spritpreisanstieg mehr als 100 Millionen Euro pro Tag. Die geplanten Steuersenkungen um den Literpreis von Diesel und Benzin an der Tankstelle zu senken sind daher nur kurz gedacht und spülen der Mineralölwirtschaft und deren Export-Ländern lediglich weiterhin viel Geld in die Taschen und machen sie damit zu den großen Krisen- und Kriegsprofiteuren“ (Hennig-Wellsow, Die Linke, Pressemitteilung vom 7. April 2022).

Bei Akteuren, die politisch überlegen bzw. in einer Position sind, über politische Maßnahmen mitzuentcheiden, kein Interesse an einem Politikwandel haben und daher zu viel Aufmerksamkeit für ein Thema vermeiden möchten, verhält es sich genau andersherum. Diese tendieren dazu, den Nutzen der eigenen Handlungen zu diffundieren, sodass der breiten Öffentlichkeit signalisiert wird, dass keine weitere Handlungsnotwendigkeit besteht. Eventuelle Kosten des eigenen Handelns bzw. Nicht-Handelns werden hingegen konzentriert, sodass der Eindruck entsteht, dass diese nicht so drastisch sind und, wenn überhaupt, nur kleine Randgruppen betreffen (McBeth et al. 2007; Stone 2002; Shanahan et al. 2011). Beispielhaft für das Diffundieren des Nutzens eigener Handlungen heben Bündnis 90/Die Grünen (nachfolgend: Die Grünen) die positiven Auswirkungen des Ausbaus von Erneuerbaren Energien mit dem Verweis auf Energiesouveränität und Klimaschutz besonders hervor: „Die Ampelkoalition legt bei der Energiewende den Turbo ein. Das ist bitter nötig: Jedes Windrad und jede Solaranlage macht uns unabhängiger von fossilen Importen! Ökostrom ist zentral für die Energiesouveränität und den Klimaschutz“ (Katrin Uhlig, Die Grünen, Pressemitteilung vom 29. April 2022).

Neben den Kosten und Nutzen werden auch die narrativen Charaktere in einer strategischen Art und Weise verwendet. Besonders häufig verwenden Akteure dabei den sogenannten „Devil Shift“ als narrative Strategie. Dabei geht es ihnen besonders darum, politische Gegner als Schuldige für ein bestimmtes politisches Problem darzustellen und ihnen die Verantwortung für den erzeugten Schaden zuzuschreiben, sprich aus ihnen „Schurken“ im Narrativ zu machen. In besonderem Maße tendieren sie dabei dazu, den Einfluss bzw. die Verantwortung der Gegner und ihre „niederträchtige“ Absicht zu überzeichnen. So werden beispielsweise Unternehmen so dargestellt, dass es ihnen lediglich um die Maximierung ihres Profits geht und die nachhaltigen Auswirkungen ihres Handelns bewusst von ihnen in Kauf genommen werden (vgl. etwa Tosun/Schaub 2021). Zudem stellen sie die Kosten, die bestimmten Zielgruppen (die „Opfer“) aus den Handlungen des politischen Gegners entstehen, in übertriebener Weise dar (Schlauffer 2018; Shanahan et al. 2013). Im Kern geht es also beim Devil Shift darum, die Beziehung zwischen „Opfern“ und „Schurken“ darzustellen und zu qualifizieren.

Der Devil Shift ist Teil eines „Plot of Decline“, der den Eindruck vermitteln soll, dass die derzeitige Situation nicht tragbar ist und dringend etwas daran geändert werden muss. Diese Strategie wird insbesondere von Akteuren verfolgt, die wenig Aussicht haben, das politische Geschehen maßgeblich zu beeinflussen. Solche Narrative werden beispielsweise für populistische Parteien beobachtet, die kleine Fraktionen in Parlamenten stellen bzw. noch nicht einmal die Fraktionsstärke erreichen, wie etwa die United Kingdom Independence Party in Großbritannien (Tournier-Sol 2015). Die dahinterliegende Absicht solcher Akteure ist es, weitere politische Unterstützung zu gewinnen, insbesondere bei den adressierten Ziel-

gruppen, und die bestehenden Machtverhältnisse zu den eigenen Gunsten zu ändern (Shanahan et al. 2013).

Im folgenden Beispiel weist die Partei „Die Linke“ der Bundesregierung eine Mitschuld für die Klimakrise zu: „Mit der gestrigen Entscheidung zu den CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerten hat die Ampel [Bundesregierung] de facto ihre Ambitionen in der Verkehrswende und damit ihre Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen beerdigt [...]. Das ist ein Kniefall vor der Autoindustrie, der den Weg freimacht für die Klimakrise“ (Maximilian Becker, Die Linke, Pressemitteilung vom 15. Februar 2022). Anstatt die Ablehnung einer strikteren politischen Maßnahme rein sachlich zu kritisieren, werden die Verantwortung der Bundesregierung sowie mögliche Auswirkungen auf den Klimawandel durch das Ablehnen der Maßnahme überzeichnet. Auf diese Weise versucht die Partei, ein dramatischeres Bild der empirischen Realität zu zeichnen und damit für Unterstützung für sich selbst und ihre politischen Ansichten zu werben.

Der sogenannte „Angel Shift“ ist die zweite Strategie, die auf einer bestimmten Art der Verwendung von Charakteren beruht. Bei dieser Strategie fokussieren Akteure darauf, sich selbst oder verbündete Akteure als „Helden“ darzustellen, denen es gelingt, eine komplizierte politische Situation zu lösen und deren Handeln bestimmten Zielgruppen („Begünstigten“) zugutekommt (Shanahan et al. 2013; Weible et al. 2016). Der Angel Shift ist Teil eines „Plot of Control“, der dazu dient, Aufmerksamkeit zu vermeiden. Diese Strategie wird insbesondere von politisch überlegenen Akteuren verwendet, die versuchen, die bestehenden Machtverhältnisse zu bewahren (Shanahan et al. 2013). Wie der Name bereits suggeriert, ist der Angel Shift positiver und kann so gewertet werden, dass der politische Prozess sich als weniger konfliktintensiv darstellt als dies beim Devil Shift der Fall ist. In der Regel geht es bei dieser Strategie darum, Möglichkeiten und Erkenntnisse in den Mittelpunkt zu rücken und damit für den politischen Prozess nutzbar zu machen.

Im folgenden Beispiel heben die Grünen, nachdem sie von der Opposition in die Regierung gewechselt sind, das eigene Handeln und die Lösungsfähigkeit für das Bewältigen der Klimakrise hervor: „Der politische Wille für die Wärmewende und für schnelle Schritte in Richtung klimaneutralem Gebäudebestand ist mit der neuen Bundesregierung endlich gegeben. Jetzt gilt es mehr denn je, alle Weichen in Richtung Beschleunigung zu stellen. Mit starken Förderprogrammen und einer engen Abstimmung mit Betroffenen und entscheidenden Akteuren wird uns der Umstieg gelingen“ (Bernhard Herrmann und Kassem Taher Saleh, Bündnis 90/Die Grünen, Pressemitteilung vom 3. Februar 2022).

## 4 Theoretische Überlegungen zu Moral und Moralisierung in Policy-Narrativen

Die Rolle moralischer Werte in Policy-Narrativen wurde in der NPF-Literatur bisher kaum beleuchtet. Es gibt lediglich eine Quelle in der konzeptionellen Literatur (Shanahan et al. 2018c), die ein Beispiel dafür gibt, wie moralische Werte in Policy-Narrativen verwendet werden können. Dabei ist es eine überaus interessante und relevante Frage, inwiefern Akteure in ihren Narrativen auf moralische Werte verweisen und, insbesondere, ob sie in strategischer Weise auf sie referieren und gezielt „Praktiken der Moralisierung“ (Becker et al. in diesem Band) verwenden. Hierunter ist zu verstehen, dass in der öffentlichen Auseinandersetzung um Politik und politische Maßnahmen moralische Argumente eine Bedeutung gewinnen (Böhme 2004). Konkret lässt sich Moralisierung in der Gesellschaft dann beobachten, wenn das Verhalten von Politikerinnen und Politikern oder anderen Akteuren als „unerhört“ oder „empörend“ empfunden wird. Damit ist verbunden, dass das Verhalten der Anderen abgeglichen wird mit den eigenen Werten (Grempe 2015). Moralisierung bezieht sich hier nicht auf einen Prozess, bei dem die Gesellschaft als Ganzes moralischer wird (Bauman 1999).

Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass die Politik bzw. das Verhalten von Politikerinnen und Politikern zunehmend moralisiert wird. Im deutschen Kontext kann hier auf die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Verhalten des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff verwiesen werden, die entsprechende Züge von Moralisierung aufwies (Deichmann 2015). Doch nicht nur das Verhalten von Politikerinnen und Politikern wird zunehmend moralisiert, sondern ganze Politikfelder, was auch solche miteinschließt, die wissenschaftsbasiert sind. Ein aktuelles und naheliegendes Beispiel stellt die gesplante gesellschaftliche Reaktion auf die politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie dar (vgl. Zohnhöfer in diesem Band; Kirsch et al. 2022). Böhme (2004, 16) konstatiert sogar eine Moralisierung von Wissenschaftspolitik und verweist darauf, dass „die Wissenschaft nicht mehr einfach als ein Instrument gesellschaftlichen Fortschritts“ angesehen wird.

Die moralische Aufladung von Politik und politischem Handeln ist empirisch tatsächlich gegeben – insbesondere im Zusammenhang mit „Skandalen“ – und hat in den letzten Jahren zugenommen (Grempe 2015). Bezugnehmend auf die Arbeiten von Bauman (1999) argumentiert Grempe (2015), dass angesichts der Informationsfülle der zu bewertenden Sachverhalte und der wachsenden Unsicherheit eine Komplexitätsreduktion notwendig ist, da Individuen ansonsten überfordert werden würden. Eine Möglichkeit, in solchen komplexen Strukturen zu navigie-

ren, besteht darin, sich einen starken moralischen Kompass zuzulegen, der zur moralischen Bewertung des Verhaltens anderer Menschen dient.

Aus der empirischen Bedeutsamkeit folgt, dass Moralisierung auch in den Erklärungsversuchen empirisch adäquat aufgegriffen werden sollte. Bevor dies jedoch gemäß den Standards des wissenschaftlichen Arbeitens geschehen kann, gilt es sich dem Phänomen der Moralisierung aus der theoretischen Perspektive zu nähern und zu erörtern, wie es in bestehende theoretische Erklärungsmodelle integriert werden kann.

Das NPF konzeptualisiert die „Moral der Geschichte“ als ein zentrales Element eines Policy-Narratives. Jedoch schließt dies nicht zwingend die Verwendung moralischer Werte mit ein. Gemeint ist stattdessen, dass sich ein konkretes Handlungsgebot, meist eine politische Lösung, durch die anderen Bestandteile des Narrativs, wie beispielsweise das rücksichtslose Handeln von „Schurken“ begründet wird (Jones/McBeth 2010; Jones 2018; Jones et al. 2014a). Anders ausgedrückt wird die vorgeschlagene Lösung so dargestellt, dass sie sich als Konsequenz aus der konstruierten Erzählung ergibt. Erläutern lässt sich dies an dem folgenden fiktiven Beispiel: „Täglich tragen rasende Autofahrer zu einem Anstieg von Treibhausgas-Emissionen bei. Um die heftigen, durch den Klimawandel verursachten Waldbrände mit vielen Toten zu stoppen, muss nun endlich ein Tempolimit auf Autobahnen eingeführt werden“. Das Tempolimit ist in diesem Beispiel die geforderte politische Lösung, die durch das Verhalten von Schurken (in diesem Fall die „rasenden Autofahrer“) und durch die Herbeiführung von Opfern (die Toten durch Waldbrände) durch dieses Verhalten begründet wird. Da die Moral der Geschichte im NPF nicht unbedingt auf moralische Werte beruhen muss, handelt es sich dabei nicht notwendigerweise um Moralisierung wie oben beschrieben. Von Moralisierung kann erst dann gesprochen werden, wenn ein Handlungsgebot oder eine politische Lösung durch den Verweis auf moralische Werte als unstrittige Konsequenz begründet wird (Becker et al. in diesem Band, 124).

Im Folgenden betrachten wir daher, inwiefern moralische Werte Bestandteil von Policy-Narrativen sind und Moralisieren als eine narrative Strategie betrachtet werden kann. Dabei bauen wir unmittelbar auf Überlegungen von Becker et al. in diesem Sammelband auf, die unter Moralisierung einen Vorgang verstehen, bei dem auf moralische Werte referiert wird – mit der Absicht, eine Aussage als unstrittig gültig bzw. deren Geltung als intersubjektiv akzeptiert darzustellen (Becker et al. in diesem Band, 124). Als Praktik der Moralisierung bezeichnen Becker et al. dabei eine Redestrategie, die darauf abzielt, dass sich Handlungsgebote bzw. die Ablehnung einer Handlung aufgrund der Verknüpfung mit moralischen Werten aus sich selbst heraus ergeben und somit keiner weiteren Begründung bedürfen (Becker et al. in diesem Band, 125).

Unterschieden werden kann dabei zwischen positiven, intersubjektiv akzeptierten Werten, die einen „wünschenswerten gesellschaftlichen Soll-Zustand“ (Becker et al. in diesem Band, 126) beschreiben, und negativen, gesellschaftlich nicht akzeptierten Werten, die „die Grenzen des moralischen Fundaments der Gemeinschaft von außen markieren“ und daher abzulehnen sind (Becker et al. in diesem Band, 126). Die positiven Werte werden anhand sogenannter „Hochwertwörter“ sprachlich kenntlich gemacht, wie beispielsweise Allgemeinwohl, Ehrlichkeit, Gerechtigkeit oder Frieden. Negative Werte zeigen sich anhand sogenannter „Delimitationswörter“, wie beispielsweise Menschenverachtung, Sexismus, Ideologie, Fundamentalismus oder Krieg (Becker et al. in diesem Band, 126).

Bei der Praktik der Moralisierung ist nicht der alleinige Verweis auf Moral entscheidend, sondern dass Aussagen oder Handlungsgebote bzw. das Ablehnen von Handlungen unmittelbar durch ein Relationsgefüge mit moralischen Werten verknüpft werden (Becker et al. in diesem Band). Insgesamt lassen sich Praktiken des Moralisierens anhand von fünf Elementen identifizieren. Zunächst besteht ein unhintergehbare Sachverhalt (moralischer Wert). Aus diesem Sachverhalt resultiert, zweitens, eine Forderung nach einer bestimmten Form des Handelns, der Haltung oder des Verhaltens. Drittens existiert ein Relationsgefüge zwischen dem unhintergehbaren Sachverhalt und der politischen bzw. gesellschaftlichen Forderung, welche sowohl explizit als auch implizit sein kann. Viertens wird Verantwortlichkeit für das Bestehen des Relationsgefüges festgestellt, was, fünftens, zu einer Adressierung von Individuen oder Personengruppen führt, die durch das Relationsgefüge betroffen sind.

An dieser Stelle zeigen sich Überschneidungen mit den Elementen von Policy-Narrativen im NPF. Sowohl die Verantwortlichkeit als auch die Adressierung lassen sich mit den narrativen Charakteren in Verbindung bringen. In einem „Plot of Decline“ wird der „Schurke“ als verantwortlich für ein beschriebenes Relationsgefüge dargestellt und die vorgeschlagene Maßnahme so dargestellt, dass die „Opfer“ als Leidtragende damit adressiert werden. In einem „Plot of Control“ wird der „Held“ als verantwortlich für ein bestehendes Relationsgefüge beschrieben und es werden bestimmte „Begünstigte“ adressiert, die vom politischen Handeln profitieren. Ähnlich ist die politische Forderung bereits in der „Moral der Geschichte“ als konstituierendes Element eines Politiknarrativs enthalten. Ein Narrativ im Sinne des NPF endet mit der Feststellung, dass die Notwendigkeit zum Handeln besteht. Sollte dieses Element fehlen, wäre das Narrativ nicht stringent konstruiert. Gerade Narrative von gesellschaftlichen Akteuren wie Nichtregierungsorganisationen, die weniger bzw. gar nicht professionell sind, können also Schwächen aufweisen (vgl. etwa Tosun/Schaub 2021). Bei Politikerinnen und Politikern weisen die Narrative einen weitaus höheren Professionalisierungsgrad auf und enthalten daher in aller Regel eine Formulierung zur „Moral der Geschichte“.

Von den Elementen, die Becker et al. (in diesem Band) nennen, sind diejenigen des unhintergehbaren Sachverhalts bzw. der moralischen Werte und das Relationsgefüge im NPF, so wie er bislang formuliert und angewandt wird, nicht angelegt. Nimmt man diese beiden neuen Elemente hinzu, lassen sich Praktiken der Moralisierung nicht nur in Policy-Narrativen identifizieren, sondern deren Verwendung auch in Beziehung setzen mit der Verwendung anderer narrativer Strategien. Hieraus ergeben sich wertvolle Möglichkeiten für die vergleichende Analyse von Narrativen bzw. narrativer Strategien und deren Auswirkungen auf den Politikgestaltungsprozess.

Basierend auf den bisherigen Erkenntnissen zur Verwendung narrativer Strategien, würde man in theoretischer Hinsicht erwarten, dass Praktiken der Moralisierung unter Verwendung von Delimitationswörtern mit der Narration eines „Plot of Decline“ in Zusammenhang stehen, der besonders die Verantwortung von „Schurken“ für das Leid von „Opfern“ betont, einen Versuch unternimmt, Kosten zu diffundieren und Vorteile zu konzentrieren. Der „Plot of Decline“ zielt besonders darauf ab, Aufmerksamkeit auf ein Thema zu lenken. Dabei lässt sich plausibel annehmen, dass besonders Bedrohungsszenarien mit Verweis auf gesellschaftlich unerwünschte Sachverhalte (beispielsweise ein drohender Krieg oder Engpässe bzw. Ausfälle bei der Energieversorgung) Aufmerksamkeit erzeugen. Komplementär dazu würde man erwarten, dass Praktiken des Moralisierens mit Verweis auf Hochwertwörter (Bewahrung des Friedens oder die Herstellung von sozialem Zusammenhalt) in einem „Plot of Control“ zu beobachten sind, der die Rolle von „Helden“ fokussiert, durch deren Handeln „Begünstigte“ adressiert, Vorteile diffundiert und potentielle Kosten konzentriert.

Die hier formulierten Erwartungen stellen eine Innovation in der Forschung zum NPF dar, da hier ein politikwissenschaftlicher Ansatz mit linguistischen Konzepten verknüpft wird. Trotz der erkennbaren Bedeutung von Sprache für Narrative, hat die politikwissenschaftliche Forschung bislang keine Versuche unternommen, diese mittels sprachwissenschaftlicher Konzepte zu untersuchen.

## 5 Moralisierungspraktiken in Policy-Narrativen zu Klimapolitik

Im Folgenden werden die Pressemitteilungen von Bundestagsfraktionen zu Klimapolitik ausgewertet, um zu erfahren, ob sich darin Praktiken des Moralisierens, wie von Becker et al. (in diesem Band) definiert, identifizieren lassen. Die Vorgehensweise ist zweistufig: zunächst wird die Verwendung von Hochwertwörtern ermittelt und anschließend die von Delimitationswörtern, also solchen Wör-

tern, die eine Abgrenzung vornehmen. Die vorliegende Analyse besitzt einen explorativen Charakter, was angesichts der Neuartigkeit der behandelten Fragestellung zulässig ist. Auf der Grundlage der hier vorgeschlagenen und durchgeführten Analyse können zukünftig fortgeschrittene Methoden aus der Linguistik eingesetzt werden, um die empirischen Befunde zu untermauern oder das empirische Bild weiter auszudifferenzieren. Ein solches Vorgehen wäre nicht nur für die policy-analytische Forschung interessant, die sich mit dem NPF befasst, sondern für sämtliche Untersuchungsperspektiven, die sich mit Framing-Effekten beschäftigen bzw. mit der Konstruktion von Zielgruppen von Politik (vgl. etwa Knill/Tosun 2015).

Das wohl markanteste Beispiel in der aktuellen politischen Debatte zur deutschen Klimapolitik lieferte der Parteichef der FDP Christian Lindner mit der Wortschöpfung der „*Freiheitsenergien*“. Als die FDP bis September 2021 noch Teil der politischen Opposition war, trat Parteichef Lindner verstärkt als Gegner politischer Maßnahmen zur Förderung Erneuerbarer Energien in Erscheinung. Tatsächlich ist die FDP die Partei, die sich neben CDU/CSU gegenüber der Atomenergie offen präsentierte und generell eine pragmatische Haltung gegenüber energiepolitischen Fragen hat. Im Kern ist für die FDP wichtig, dass Wirtschaft und Industrie nicht unter überhöhten Energiepreisen leiden bzw. eine reibungslose Versorgung mit Energie sichergestellt ist, und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes verringert wird. Nach der Bundestagswahl befand er sich dann jedoch in der Situation, mit den Grünen eine Regierungskoalition zu bilden und dabei Kompromisse schließen zu müssen. Dies betraf unter anderem den von den Grünen geforderten signifikanten Ausbau Erneuerbarer Energien. Rasch musste der Parteivorsitzende öffentlich das befürworten, was er früher mit Verweis auf die zentrale Bedeutung von Freiheit für seine Partei – teilweise vehement – abgelehnt hatte.

Gelungen ist Christian Lindner dies, indem er nun den Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht mit dem Klimawandel rechtfertigte, sondern mit ihrem Beitrag zu Energiesouveränität (der Unabhängigkeit der Bundesrepublik von Energieimporten aus dem Ausland) und der damit verbundenen Freiheit, dem zentralen Wert der Partei. Wortwörtlich sagte Lindner im März 2022: „Unsere Abhängigkeit von Russland bei den Energieimporten müssen wir reduzieren. Das heißt insbesondere, dass wir die Erneuerbaren Energien schneller ausbauen müssen. Ich habe sie vor dem Hintergrund der Energieunabhängigkeit *Freiheitsenergien* genannt“ (Christian Lindner, FDP, Pressemitteilung vom 13. März 2022). Die politische Forderung eines Ausbaus der Erneuerbaren Energien ist hiermit direkt mit dem unhintergehbaren Wert der Freiheit verbunden. Daraus hervor geht die Aussage: „wer nicht für den Ausbau Erneuerbarer Energien ist, ist nicht für Freiheit“. Hierdurch entsteht erkennbar eine Moralisierung der Energiepolitik, die nicht zulässt, dass die ergriffenen politischen Maßnahmen in Frage gestellt werden, ohne gegen moralische Werte

zu verstoßen. Gleichzeitig ist die Verantwortlichkeit klar benannt: Christian Lindner bzw. seine Partei, die als narrativer „Held“ durch den Ausbau Erneuerbarer Energien für Freiheit sorgt – eine Freiheit, die dem ideologischen Kern der Partei entspricht.

Ebenfalls auf Freiheit, in diesem Fall jedoch als Teil eines „Plot of Decline“, rekurrierte Anton Hofreiter von den Grünen im Juni 2021, als die Partei noch in der Opposition war: „Die Verkehrswende wurde noch nicht einmal richtig begonnen – was kein Wunder ist, wenn man sich anschaut, welchem Minister sie unverantwortlicherweise überlassen worden ist. Diese fortgesetzte Handlungsverweigerung der großen Koalition gefährdet Wohlstand und *Freiheit*, sie gefährdet auch Arbeitsplätze, sie lässt die Industrie und sie lässt die Menschen alleine“ (Anton Hofreiter, Bündnis 90/Die Grünen, Pressemitteilung vom 22. Juni 2021). Im Gegensatz zum vorherigen Beispiel besteht hier eine Verbindung mit narrativen „Schurken“, der großen Koalition bestehend aus CDU/CSU und SPD und dem Verkehrsminister, die den unhintergehbaren Wert der Freiheit gefährden und damit unmoralisch handeln.

Das von Hofreiter verwendete narrative Konstrukt dürfte in der Realität recht häufig vorkommen und ist kaum auf die Klimapolitik zu begrenzen. Wie bereits in der Einleitung erwähnt, gibt es das Konzept der „politischen Evaluationen“, die dazu dienen, Politik als Erfolg oder Misserfolg darzustellen (McConnell 2010). Die Strategie, einen „Schurken“ zu identifizieren, sollte in der „politischen Evaluation“ eher die Regel als die Ausnahme bilden, da durch die Personalisierung ein vermeintliches politisches Versagen glaubwürdiger kommuniziert werden kann. Durch die Personalisierung kann jede und jeder in die Situation hineinversetzt werden, dass sie und er selbst beobachten kann, ob die Behauptungen zutreffen oder nicht. Es reicht ein Blick in die Zeitung oder andere Nachrichtenmedien, um selbst zu klären, ob die dem Verkehrsminister durch Anton Hofreiter attestierte Säumigkeit zutrifft oder nicht.

Neben den zwei oben beschriebenen Aufforderungssätzen, gibt es auch ein Beispiel für einen Behauptungssatz, der klimapolitische Maßnahmen damit rechtfertigt, dass sie zu dem unhintergehbaren Wert der Gesundheit beitragen: „Wenn wir Kohle und Diesel verbrennen, heizt das nicht nur das Klima auf, sondern verschmutzt auch unsere Atemluft. Klimaschutz ist *Gesundheitsschutz*“ (Bündnis 90/Die Grünen, Pressemitteilung vom 8. Juni 2021). Diese Aussage ist auch deswegen so interessant, weil hier wieder eine Vereinfachung vorgenommen wird. Jede Bürgerin und jeder Bürger wird zustimmen, dass es wichtig ist, die öffentliche Gesundheit zu schützen. Trotzdem liegt es auf der Hand, dass nicht jede klimapolitische Maßnahme einen direkten oder unmittelbaren Effekt auf die öffentliche Gesundheit hat. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Verknüpfung von Klima- und Gesundheitspolitik als eine effektive Strategie diskutiert wird, um die

öffentliche Akzeptanz von klimapolitischen Maßnahmen zu stärken (vgl. etwa Amelung et al. 2019; Jungmann 2021).

Im Gegensatz zu Praktiken der Moralisierung mit Hochwertwörtern, zeigt sich bei der Untersuchung der Delimitationswörtern, dass diese tatsächlich vornehmlich im „Plot of Decline“ verwendet werden. In direktem Bezug zu dem ersten Beispiel der „Freiheitsenergien“, lehnte Christian Lindner im Juni 2019 politische Maßnahmen zum Ausbau Erneuerbarer Energien mit dem Verweis darauf ab, dass diese *planwirtschaftlich* seien. Damit begründete er seine Ablehnung damit, dass diese Maßnahmen ideologisch motiviert seien, und damit abzulehnen. Wortwörtlich sagte er: „Wir haben uns für eine Form der Energiepolitik, der Energiewende entschieden, die uns die höchsten Strompreise in Europa für Bürger und Betriebe gebracht hat. Wenn wir diese Instrumente, ich nenne sie *planwirtschaftlich*, wenn wir die jetzt im großen Maßstab auf alle Bereiche des Lebens ausdehnen und wir das wiederholen, wir werden kein leuchtendes Vorbild sein, sondern ein abschreckendes Beispiel“ (Christian Lindner, FDP, Interview vom 2. Juni 2019). Zwar nennt er den „Schurken“ als Verantwortlichen für das Relationsgefüge nicht explizit, es ist jedoch implizit recht eindeutig, dass mit „wir“ die damalige Bundesregierung gemeint war. Die „Opfer“ benennt er mit den „Bürgern und Betrieben“ jedoch eindeutig und auch mögliche Kosten überzeichnet er mit dem „abschreckenden Beispiel“, was den Erwartungen des NPF entspricht. Gerade im direkten Vergleich zu dieser Aussage wird nochmal deutlicher, weshalb Christian Lindner für den radikalen Kurswechsel ein so starkes sprachliches Konstrukt wie „Freiheitsenergien“ verwenden musste. Ohne diese Wortschöpfung wäre der energiepolitische Kurswechsel vermutlich auf wenig Akzeptanz gestoßen.

Auch die AfD verwendete eine Praktik der Moralisierung unter Verweis auf Ideologie, mit der sie gegen politische Klimaschutzmaßnahmen im Verkehrssektor mobilisierte: „Die AfD wendet sich daher gegen eine *ideologisch* geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert. Zum Nachteil vieler Millionen Pendler dürfen den Autofahrern nicht immer neue Hindernisse in den Weg gelegt werden“ (Carsten Huetter, AfD, Pressemitteilung vom 8. Juni 2021). Auch hier ist die Bundesregierung als „Schurkin“ mit ihrer „Verbotspolitik“ nur implizit genannt, aber es erschließt sich aus dem Kontext, dass sie damit gemeint ist. Die Pendler als „Opfer“ werden jedoch explizit genannt, was strategisch opportunistisch ist, denn diese sollen direkt angesprochen werden. In ähnlicher Weise bewertete Armin Laschet, der damalige Kanzlerkandidat der CDU, die klimapolitischen Maßnahmen der Grünen mit dem Verweis auf deren ideologische Bestrebungen: „Grüne und SPD haben die *soziale Frage* und die Arbeitsplätze beim Klimaschutz vergessen, weil sie sich nur um ihre *Ideologie* kümmern“ (Armin Laschet, CDU, Rede vom 21. August 2021). Des Weiteren verbindet er die Maßnahmen mit dem abzulehnenden Sachverhalt des Unsozialen, was ebenfalls eine Form der

Ansprache ist, aber eine diffuse, die durchaus bei Personen, die sich selbst als Leidtragende der Situation bzw. der vorgeschlagenen politischen Maßnahmen sehen, verfangen kann.

Bereits vor Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine wurde die Einführung einer Benzinpreisbremse heftig diskutiert. Dabei bezeichnete Anton Hofreiter von den Grünen die Befürwortung einer solchen Maßnahme durch Union und SPD als *populistisch* und brachte die Maßnahme damit in direkte Verbindung mit einem abzulehnenden Sachverhalt: „Obwohl sie [Union und SPD] selber einen ansteigenden CO2-Preis beschlossen haben, starten sie eine *populistische* Benzinwutkampagne [Benzinpreisbremse]“ (Anton Hofreiter, Bündnis 90/Die Grünen, Pressemitteilung vom 3. Juni 2021).

Weiter unterstellte er den Regierungsparteien unmoralisches Verhalten, indem er ihnen niederträchtige Absichten und unehrliches Verhalten vorwarf: „Union und SPD haben gerade ein höheres Klimaziel beschlossen, verweigern aber die Umsetzung ihrer Beschlüsse. Jetzt zünden Scholz, Scheuer und Co. [mit der Benzinpreisbremse] die nächste Stufe der *Unredlichkeit*. Klimaschutz gibt es mit Union und SPD nur auf dem Papier. Sobald es in die konkrete Umsetzung von Maßnahmen geht, bekommen Union und SPD offensichtlich kalte Füße und schießen gegen die eigenen Beschlüsse [...]. Wer sich öffentlich für einen steigenden CO2-Preis auf die Schulter klopft, muss auch so konsequent sein, den Menschen zu erklären, was das bedeutet. Klimaschutz ohne steigende Preise für fossile Energien wird nicht funktionieren. CDU, CSU und SPD müssen *sich ehrlich machen*“ (Bündnis 90/Die Grünen, Pressemitteilung vom 4. Juni 2021).

Ein letztes Beispiel zeigt, wie Die Linke eine Praktik der Moralisierung in einem sehr eindeutigen „Plot of Decline“ verwendet. Dabei mobilisierte sie gegen die Wehrausgaben der Bundeswehr sowohl mit einem direkten Bezug auf den unhintergehbaren Wert des Klimaschutzes als auch mit dem abzulehnenden Sachverhalt Krieg: „Die Bundesregierung handelt mit den Rüstungsmilliarden dem Klimaschutz zuwider, statt mit schnellen Klimaschutzmaßnahmen die Bewohnbarkeit der Erde sicherzustellen. Noch könnten wir verhindern, dass aus der Klimakatastrophe eine Klimaapokalypse wird. Allerdings nicht durch Aufrüstung, die nur die Spirale von Krieg, Elend und Zerstörung verstärkt“ (Die Linke, Pressemitteilung vom 31. Januar 2022). Die potentiellen Kosten erhöhter Wehrausgaben als politischer Maßnahme werden hier mit der „Klimaapokalypse“ besonders stark überbetont. Auch der verantwortliche „Schurke“ wird mit der Bundesregierung klar benannt. Generell ist für diese Aussage festzuhalten, dass sie auf allen Ebenen sehr stark ausgeprägt ist und damit durchaus vom gängigen Muster von politischen Erzählungen ein Stück weit abweicht, da hier mit Superlativen gearbeitet wird.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Beispiele zu Praktiken der Moralisierung unter Verwendung von Delimitationswörtern in der deutschen Debatte

zu Klimapolitik zeigen, dass diese überwiegend als Teil eines „Plot of Decline“ verwendet werden. Das deutet darauf hin, dass diese tatsächlich ähnlich wie andere narrative Strategien tendenziell dazu verwendet werden, um politische Aufmerksamkeit zu erzeugen. In diesem Zusammenhang wäre es interessant, die Klimapolitik mit anderen Politikfeldern der deutschen Politik zu vergleichen bzw. zu untersuchen, wie sich klimapolitische Narrative und die Verwendung von Delimitationswörtern darin in anderen politischen Systemen darstellen. Es ist vorstellbar, dass nicht nur der politische Regimetyp hierbei eine Rolle spielt, sondern auch, wie polarisiert das politische System hinsichtlich klimapolitischer Fragen ist.

Bei Praktiken der Moralisierung unter Verwendung von Hochwertwörtern ist die Tendenz hingegen nicht so eindeutig. Hier zeigt sich, dass es auch Beispiele gibt, in denen die Gefährdung bestimmter Werte im „Plot of Decline“ benannt wird und Hochwertwörter so ebenfalls dazu verwendet werden könnten, um gezielt politische Aufmerksamkeit zu erzeugen. Hieraus folgt, dass aus analytischer Sicht eine genauere Betrachtung der Verwendung von Hochwertwörter besonders ergiebig sein könnte.

## 6 Fazit

Die Politikwissenschaft befasst sich mit gesellschaftlichen Phänomenen, an denen Individuen mitwirken (vornehmlich in Form von Politikerinnen und Politikern), die Individuen und deren Lebens- und Arbeitsweise beeinflussen sowie von Individuen bewertet werden. Für sämtliche Prozesse, die zur Formulierung, Umsetzung und Bewertung von Politik führen, sind Sprache und Kommunikation essentiell – ohne sie kann streng genommen Politik überhaupt nicht stattfinden. Ein theoretischer Ansatz, der sich mit Sprache befasst, ist das NPF, welches sich – wie der Name suggeriert – auf die Konstruktion von Narrativen, also Erzählungen, konzentriert und versucht herauszuarbeiten, wie diese sich auf die Merkmale des politischen Prozesses und dessen Ergebnisse auswirken. Dieser ist von der Diskursanalyse, die als klassische Methode zur Integration von Sprache in Politik gilt, dahingehend zu unterscheiden, als er auf einem positiven Wissenschaftsverständnis basiert und postuliert, dass Variablen empirisch erfasst und miteinander in Bezug gesetzt werden können, um Phänomene zu erklären. In der Kombination dieser Charakteristika liegt der Charme des NPF, der auf wachsendes Interesse stößt.

Da es sich beim NPF um eine vergleichsweise junge Perspektive handelt, besteht die Möglichkeit bzw. die Notwendigkeit, über ihre theoretischen Grundlagen zu reflektieren und konzeptionell weiterzuentwickeln. Wie die einschlägige Litera-

tur zeigt, ist dies auf unterschiedliche Weise möglich. Dieser Beitrag sieht im NPF eine Chance, das empirisch relevante Phänomen der Moralisierung stärker analytisch fruchtbar zu machen. Wie gezeigt wurde, resonieren bereits zahlreiche Komponenten des NPF mit Vorschlägen zur sprachwissenschaftlichen Erfassung von Moralisierung. Mit nur geringfügigen Anpassungen kann das NPF mit diesem Phänomen gut umgehen und stellt einen probaten Analyserahmen dar, um verschiedene Narrative zu untersuchen. Perspektivisch gilt es, die sprachwissenschaftlichen Methoden weiter zu verfeinern, um zu differenzierteren empirischen Eindrücken zu gelangen. Zudem erscheint der nächste Schritt in der NPF-Literatur darin zu bestehen, die Wirkungsweise verschiedener Narrative auf den politischen Prozess aber auch auf einzelne Akteure oder Politikadressaten zu untersuchen. Gerade diese Verknüpfung könnte dem Analyserahmen zu mehr Aufmerksamkeit und damit einem breiteren Austausch darüber in der Literatur verhelfen.

## Literaturverzeichnis

- Amelung, Dorothee/Helen Fischer/Alina Herrmann/Carlo Aall/Valerie R. Louis/Heiko Becher/Paul Wilkinson/Rainer Sauerborn (2019): Human health as a motivator for climate change mitigation: Results from four European high-income countries. In: *Global Environmental Change* 57, 101918.
- Bauman, Zygmunt (1999): *Unbehagen in der Postmoderne*. Hamburg.
- Becker, Maria/Ekkehard Felder/Marcus Müller (2024): Moralisierung als sprachliche Praxis. In: Ekkehard Felder/Friederike Nüssel/Jale Tosun (Hg.): *Moral und Moralisierung – Neue Zugänge*. Berlin, 123–151.
- Béland, Daniel/Philip Rocco/Catarina Ianni Segatto/Alex Waddan (2021): Trump, Bolsonaro, and the framing of the COVID-19 crisis: How political institutions shaped presidential strategies. In: *World Affairs* 184 (4), 413–440.
- Böhme, Gernot (2004): Die Moralisierung der Wissenschaftspolitik. In: *TATuP-Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis* 13 (3), 15–21.
- Bovens, Mark/Paul 't Hart (2016): Revisiting the study of policy failures. In: *Journal of European Public Policy* 23 (5), 653–666.
- Deichmann, Carl (2015): Neue Bürgermoral in der politischen Kultur. In: Carl Deichmann (Hg.): *Der neue Bürger*. Wiesbaden, 17–30.
- Grempe, Hannah (2015): Die Moralisierung der Politik. In: *Journal für korporative Kommunikation* (1), 17–28.
- Haselmayer, Martin/Sarah C. Dingler/Marcelo Jenny (2022): How Women Shape Negativity in Parliamentary Speeches—A Sentiment Analysis of Debates in the Austrian Parliament. In: *Parliamentary Affairs* 75 (4), 867–886.
- Hildbrand, Leandra/Bettina Stauffer/Fritz Sager/Johanna Kuenzler (2020): Erzählungen des Kindes- und Erwachsenenschutzes: Eine Anwendung und Erweiterung des Narrative Policy Frameworks. In: *Swiss Political Science Review* 26 (2), 181–205.

- Jones, Michael D. (2018): Advancing the Narrative Policy Framework? The Musings of a Potentially Unreliable Narrator. In: *Policy Studies Journal* 46 (4), 724–746.
- Jones, Michael D./Mark K. McBeth (2010): A Narrative Policy Framework: Clear Enough to Be Wrong? In: *Policy Studies Journal* 38 (2), 329–353.
- Jones, Michael D./Mark K. McBeth/Elizabeth A. Shanahan (2014a): Introducing the Narrative Policy Framework. In: Michael D. Jones/Elizabeth A. Shanahan/Mark K. McBeth (Hg.): *The Science of Stories*. New York, 1–25.
- Jones, Michael D./Elizabeth A. Shanahan/Mark K. McBeth (Hg.) (2014b): *The Science of Stories*. New York.
- Jungmann, Maximilian (2021): *The Politics of the Climate Change-health Nexus*. London.
- Kaine, Geoff/ Suzie Greenhalgh/Vic Wright (2022): Compliance with Covid-19 measures: evidence from New Zealand. In: *PLoS ONE* 17 (2), e0263376.
- Kirsch, Peter/Hanno Kube/Reimut Zohlnhöfer (2022): *Gesellschaftliche Selbstermächtigung in Deutschland*. Wiesbaden.
- Knackmuhs, Eric/James Farmer/Doug Knapp (2020): The Interaction of Policy Narratives, Moral Politics, and Criminal Justice Policy Beliefs. In: *Politics & Policy* 48 (2), 288–313.
- Knill, Christoph/Stephan Heichel/Caroline Preidel/Kerstin Nebel (2014): *Moralpolitik in Deutschland: Staatliche Regulierung gesellschaftlicher Wertekonflikte im historischen und internationalen Vergleich*. Wiesbaden.
- Knill, Christoph/Jale Tosun (2015): *Einführung in die Policy-Analyse*. Opladen/Toronto.
- Lasswell, Harold Dwight (1956): *The decision process: Seven categories of functional analysis*. Baltimore.
- McBeth, Mark K./Michael D. Jones/Elizabeth A. Shanahan (2014): The Narrative Policy Framework. In: Paul A. Sabatier (Hg.): *Theories of the policy process*. Boulder CO, 225–266.
- McBeth, Mark K./Elizabeth A. Shanahan/Ruth J. Arnell/Paul L. Hathaway (2007): The Intersection of Narrative Policy Analysis and Policy Change Theory. In: *Policy Studies Journal* 35 (1), 87–108.
- McConnell, Allen (2010): *Understanding policy success: Rethinking public policy*. Bloomsbury.
- Mu, Rui/Yan Li/Tie Cui (2022): Policy narrative, policy understanding and policy support intention: a survey experiment on energy conservation. In: *Policy Studies* 43 (6), 1361–1381.
- Nullmeier, Frank (2019): Interpretative Politikforschung und kausale Mechanismen. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 29 (2), 153–171.
- Schattschneider, Elmer E. (1957): Intensity, visibility, direction and scope. In: *American political science review* 51 (4), 933–942.
- Schaub, Simon (2021): Public contestation over agricultural pollution: a discourse network analysis on narrative strategies in the policy process. In: *Policy Sciences* 54 (4), 783–821.
- Schlauffer, Caroline (2018): The Narrative Uses of Evidence. In: *Policy Studies Journal* 46 (1), 90–118.
- Schlauffer, Caroline/Johanna Kuenzler/Michael D. Jones/Elizabeth A. Shanahan (2022): The Narrative Policy Framework: A Traveler's Guide to Policy Stories. In: *Politische Vierteljahresschrift* 63 (2), 249–273.
- Shanahan, Elizabeth A./Stephanie M. Adams/Michael D. Jones/Mark K. McBeth (2014): The Blame Game: Narrative Persuasiveness of the Intentional Causal Mechanism. In: Michael D. Jones/Elizabeth A. Shanahan/Mark K. McBeth (Hg.): *The Science of Stories*. New York, 69–88.
- Shanahan, Elizabeth A./Michael D. Jones/Mark K. McBeth (2011): Policy Narratives and Policy Processes. In: *Policy Studies Journal* 39 (3), 535–561.
- Shanahan, Elizabeth A./Michael D. Jones/Mark K. McBeth (2018a): How to conduct a Narrative Policy Framework study. In: *The Social Science Journal* 55 (3), 332–345.

- Shanahan, Elizabeth A./Michael D. Jones/Mark K. McBeth/Ross R. Lane (2013): An Angel on the Wind: How Heroic Policy Narratives Shape Policy Realities. In: *Policy Studies Journal* 41 (3), 453–483.
- Shanahan, Elizabeth A./Michael D. Jones/Mark K. McBeth/Claudio M. Radaelli (2018b): The narrative policy framework. In: *Theories of the policy process*, 173–213.
- Shanahan, Elizabeth A./Eric D. Raile/Kate A. French/Jamie McEvoy (2018c): Bounded Stories. In: *Policy Studies Journal* 46 (4), 922–948.
- Stephan, Hannes R. (2020): Shaping the Scope of Conflict in Scotland's Fracking Debate: Conflict Management and the Narrative Policy Framework. In: *Review of Policy Research* 37 (1), 64–91.
- Stone, Deborah A. (2002): *Policy paradox: The art of political decision making*. New York, NY.
- Tosun, Jale/Simon Schaub (2021): Constructing policy narratives for transnational mobilization: Insights from European Citizens' Initiatives. In: *European Policy Analysis* 7 (S2), 344–364.
- Tournier-Sol, Karine (2015): Reworking the Eurosceptic and Conservative Traditions into a Populist Narrative: UKIP's Winning Formula? In: *Journal of Common Market Studies* 53 (1), 140–156.
- Traue, Boris/Lisa Pfahl/Lena Schürmann (2022): Diskursanalyse. In: Nina Baur/Jörg Blasius (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden, 627–645.
- Vogeler, Colette S./Sandra Schwindenhammer/Denise Gonglach/Nils C. Bandelow (2021): Agri-food technology politics: Exploring policy narratives in the European Parliament. In: *European Policy Analysis* 7 (S2), 324–343.
- Weible, Christopher M./Kristin L. Olofsson/Daniel P. Costie/Juniper M. Katz/Tanya Heikkilä (2016): Enhancing Precision and Clarity in the Study of Policy Narratives: An Analysis of Climate and Air Issues in Delhi, India. In: *Review of Policy Research* 33 (4), 420–441.
- Zohnhöfer, Reimut (2024): Moralisation im Deutschen Bundestag? Das Beispiel der Corona-Politik. In: Ekkehard Felder/Friederike Nüssel/Jale Tosun (Hg.): *Moral und Moralisation – Neue Zugänge*. Berlin, 35–61.

